

## Erklärung von James Callaghan (Luxemburg, 1. April 1974)

**Quelle:** Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. März 1974, Nr. 3. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "erklärung von James Callaghan (Luxemburg, 1. April 1974)", p. 14-20.

**Urheberrecht:** (c) Europäische Union, 1995-2013

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_james\\_callaghan\\_luxemburg\\_1\\_april\\_1974-de-49bcefb2-4a53-4fbd-a33b-144e566699e4.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_james_callaghan_luxemburg_1_april_1974-de-49bcefb2-4a53-4fbd-a33b-144e566699e4.html)

**Publication date:** 13/09/2013

## Erklärung von James Callaghan (Luxemburg, 1. April 1974)

1. Herr Präsident! Gestatten Sie mir, eine Erklärung zur Politik meiner Regierung gegenüber der Gemeinschaft abzugeben. Es ist Ihnen gewiß nicht neu, daß die Labour-Regierung eine Teilnahme Großbritanniens an der Gemeinschaft unter den Bedingungen, die anlässlich des Beitritts im Januar 1973 ausgehandelt worden sind, ablehnt. Unseres Erachtens wurde nämlich keine ausgewogene Verteilung der Vorteile innerhalb der Gemeinschaft erzielt, und wir meinen auch, daß die Beitrittsbedingungen dem britischen Volk hätten zur Genehmigung unterbreitet werden müssen. Wir wünschen nunmehr, daß diese Fehler behoben werden; wenn uns dies gelingt, so werden wir eine solide Grundlage für die weitere Beteiligung Großbritanniens an einer gestärkten Gemeinschaft haben.

2. Wir möchten Ihnen eine Reihe wichtiger Fragen vorlegen, bei denen nach Ansicht der britischen Regierung Neuverhandlungen eingeleitet und zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden müssen.

Wir werden die Verhandlungen im guten Glauben führen, und wenn es uns gelingt, angemessene Bedingungen zu erlangen, so werden wir diese unserem Volk zur Genehmigung unterbreiten. Gelingt es uns nicht, so werden wir dem britischen Volk darlegen, warum wir die betreffenden Bedingungen für unannehmbar halten, und wir werden es dazu anhören, ob es ratsam ist, über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Gemeinschaft zu verhandeln. Sicher wird niemand in der Gemeinschaft behaupten, daß es im Interesse der Gemeinschaft läge, wenn das Vereinigte Königreich wider seinen Willen Mitglied bliebe. Ich betone jedoch, daß ich nicht Verhandlungen über einen Austritt erhoffe. Ich würde es vorziehen, wenn erfolgreiche Neuverhandlungen geführt werden könnten, aus denen die richtigen Bedingungen für eine weitere Mitgliedschaft hervorgehen. In gewissem Maße wird dies von uns abhängen, es wird aber ebenso von der Haltung meiner Partner bei den Verhandlungen abhängen.

3. Wir haben unsererseits im Wahlprogramm der Labour-Party für die jüngsten Wahlen hervorgehoben, daß „Großbritannien eine europäische Nation ist und daß ein von Labour regiertes Großbritannien stets um eine umfassendere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern bemüht sein wird“. Ich möchte nunmehr eine Stelle unseres Wahlprogramms zitieren, die für unsere Regierung von grundlegender Bedeutung ist. Wie bereits gesagt, brachten die von der vorhergehenden Regierung ausgehandelten Beitrittsbedingungen unseres Erachtens folgendes mit sich: „die Besteuerung der Lebensmittel zusätzlich zum Anstieg der Weltmarktpreise, neue lähmende Belastungen unserer Zahlungsbilanz sowie eine drakonische Beschränkung der Befugnis des britischen Parlaments, für Großbritannien lebenswichtige Fragen zu regeln“.

Aus diesem Grund wünschen wir unverzüglich grundlegende Neuverhandlungen über die Beitrittsbedingungen; die Ziele dieser Neuverhandlungen haben wir wie folgt formuliert:

„Die Labour Party lehnt die Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften unter den von der konservativen Regierung ausgehandelten Bedingungen ab.“

Wir haben erklärt, daß wir zu Neuverhandlungen bereit sind. Unsere wichtigsten Ziele für die Neuaushandlung der Beitrittsbedingungen sind:

Erhebliche Änderungen der *gemeinsamen Agrarpolitik*, damit sie nicht länger mehr eine Gefahr für den weltweiten Lebensmittelhandel darstellt und damit Erzeugerländer mit Niedrigpreisen außerhalb Europas weiterhin Zugang zum britischen Lebensmittelmarkt haben.

Neue, gerechtere Methoden für die Finanzierung des *Gemeinschaftshaushalts*. Weder die Steuern, die die sogenannten „eigenen Mittel“ der Gemeinschaften bilden, noch die Zwecke, für die die Mittel im wesentlichen eingesetzt werden sollen — hauptsächlich Subventionierung der Landwirtschaft —, sind für uns akzeptabel. Wir wollen uns an der Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts lediglich in einem Umfang beteiligen, der in einem angemessenen Verhältnis zu den Beträgen steht, die von den anderen Mitgliedstaaten aufgebracht oder vereinnahmt werden.

Wie bereits gesagt, werden wir jede internationale Übereinkunft ablehnen, bei der wir höhere Arbeitslosenquoten in Kauf nehmen müßten, um eine feste Parität zu erhalten, wie dies im Rahmen der gegenwärtigen Vorschläge für eine europäische *Wirtschafts- und Währungsunion* verlangt wird. Wir sind der Auffassung, daß die Währungsprobleme der europäischen Länder nur in einem weltweiten Rahmen gelöst werden können.

Das *Parlament* muß die Befugnisse über die britische Wirtschaft behalten, die erforderlich sind, um eine wirksame Regional-, Industrie- und Steuerpolitik betreiben zu können. Desgleichen benötigen wir eine Übereinkunft über die Kapitalbewegungen, durch die unsere Zahlungsbilanz und unsere Politik der Vollbeschäftigung geschützt werden. Die wirtschaftlichen Interessen des *Commonwealth* und der *Entwicklungsländer* müssen besser berücksichtigt werden. Dies setzt voraus, daß ihnen der Zugang zum britischen Markt weiterhin gesichert wird und, ganz allgemein, daß die erweiterte Gemeinschaft eine Handels- und eine Hilfspolitik festlegt, die nicht nur den „assozierten überseeischen Gebieten“ in Afrika, sondern den Entwicklungsländern in der ganzen Welt zugute kommt.

Keine Harmonisierung der *Mehrwertsteuer*, bei der wir gezwungen wären, lebenswichtige Güter zu besteuern.

Die Politik der Labour Party sieht vor, daß für den Fall erfolgreicher Neuverhandlungen das Volk angesichts der einmaligen Bedeutung der Entscheidung das Recht haben soll, im Rahmen allgemeiner Wahlen oder einer Volksbefragung endgültig über die Frage zu entscheiden. Wenn diese beiden Voraussetzungen, nämlich erfolgreiche Neuverhandlungen und die ausdrückliche Zustimmung der Mehrheit des britischen Volkes, erfüllt sind, dann sind wir bereit, uneingeschränkt zur Errichtung eines neuen, größeren Europas beizutragen.

Falls die Neuverhandlungen scheitern, werden wir die Verpflichtungen aus den Verträgen unsererseits nicht als bindend betrachten. Wir werden dann dem britischen Volk darlegen, weshalb wir die neuen Bedingungen für unannehmbar halten, und es dazu anhören, ob wir über unseren Austritt aus den Gemeinschaften verhandeln sollen.

Eine Labour-Regierung wird sofort die notwendigen Verfahren zur Erzielung baldiger Ergebnisse einleiten, und wir werden, solange die Verhandlungen andauern und bis das britische Volk abgestimmt hat, keine weiteren Schritte auf dem Wege zur Integration tun, namentlich was die Besteuerung der Lebensmittel anbelangt. Der Regierung wird es freistehen, vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments in den Fällen Entscheidungen zu treffen, in denen Beschlüsse des Gemeinsamen Marktes die Verhandlungen präjudizieren. Die letzte Entscheidung über den britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt wird somit wieder beim britischen Volk liegen.“

4. Meine Regierung schlägt nun vor, daß wir gemeinsam überlegen, wie diese Ziele erreicht werden können. Angesichts der großen Bedeutung der Frage einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft untersucht meine Regierung gegenwärtig von Grund auf die Auswirkungen der gemeinsame Politik; sie wird Ihnen zu gegebener Zeit im einzelnen die Vorschläge unterbreiten, die unseres Erachtens von der Gemeinschaft angenommen werden sollten, um Abhilfe zu schaffen. Wir untersuchen insbesondere sehr sorgfältig die Wirkungsweise der gemeinsamen Agrarpolitik, die Schätzungen für künftige Beiträge zum und künftige Zahlungen aus dem Gemeinschaftshaushalt, die Handels- und Beihilfepolitik der Gemeinschaft gegenüber dem *Commonwealth* und den Entwicklungsländern sowie die Frage, inwieweit die bestehenden Regeln, so wie sie ausgelegt werden, die Verfügungsgewalt über die britische Wirtschaft beeinträchtigen, die wir brauchen, um die Regional-, die Industrie- und die Steuerpolitik wirksam fortführen zu können. Wir sind bereit, nach Abschluß dieser Prüfung die Änderungen vorzuschlagen, die wir für notwendig halten, wenn Großbritannien Mitglied der Gemeinschaft bleiben soll und so, wie es im Wahlprogramm heißt, „uneingeschränkt zur Errichtung eines neuen, größeren Europas beitragen“ soll.

5. Warum wirft meine Regierung, ja das ganze britische Volk, die Frage auf, ob in der Gemeinschaft alles gut ist, so wie es ist, und warum haben wir die Absicht, Änderungen herbeizuführen?

6. Zunächst waren wir sehr beunruhigt über die Entschlüsse vom März 1971 und 1972, die auf der Gipfelkonferenz im Oktober 1972 bestätigt wurden. Damit wurde, wie es schien, ein starres Programm aufgestellt, wonach bis 1980 die Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich fester Paritäten, verwirklicht sein sollte. Wir hielten das für ein gefährlich hochgestecktes Ziel. Hochgesteckt, weil die Chancen, bis 1980 die erforderliche Konvergenz der Raten von Produktionszuwachs, Löhnen und Gehältern, Investitionen und Spartätigkeit zu erreichen, unseres Erachtens sehr gering waren. Gefährlich, weil kein Land, und schon gar nicht ein Land mit relativ niedriger Wachstumsrate, seine Volkswirtschaft wirksam steuern und für Vollbeschäftigung sorgen kann, wenn es ohne eine derartige Konvergenz feste Paritäten akzeptiert. Wenn ich recht unterrichtet bin, wird das Thema Wirtschafts- und Währungsunion gegenwärtig in der Gemeinschaft völlig neu durchdacht; in den Vorschlägen, die nun für die zweite Stufe dieser Union im Gespräch sind, ist eine automatische Bewegung auf feste Paritäten hin nicht vorgesehen. Sie werden sehen, daß unsere Einwände weit geringer sind, wenn wir uns alle darüber einig sind, daß keine Rede davon sein kann, beschleunigt vorzugehen und die Mitgliedstaaten zur Annahme fester Paritäten zu zwingen, sofern dies Massenarbeitslosigkeit bedeutet oder ihre Volkswirtschaften noch nicht dafür bereit sind.

7. Sodann beunruhigt uns ein weiterer Satz im Kommuniqué der Pariser Gipfelkonferenz, nämlich der Satz, daß bis 1980 die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umgewandelt werden soll. Was bedeutet das? Ist das wörtlich zu verstehen? Dies dürfte unseres Erachtens eine Umstellung bewirken, die völlig unrealistisch ist und von keinem unserer Völker, schon gar nicht vom britischen Volk, gewünscht wird. Wenn ich recht unterrichtet bin, wird jetzt in der Gemeinschaft damit begonnen, diese Frage zu klären. Ich werde aufmerksam verfolgen, ob diese Klärung dazu beiträgt, unsere Bedenken zu zerstreuen.

8. Dann ist da die gemeinsame Agrarpolitik. Die Lage des Vereinigten Königreichs unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von derjenigen der anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Wir führen einen wesentlich größeren Teil unserer Nahrungsmittel ein; wenn wir hohe Preise für diese Einfuhren bezahlen müssen, kann dies unsere Zahlungsbilanz stark belasten. Dieses Problem stellt sich für unser Land in größerem Ausmaß als für andere Mitgliedstaaten. Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Gemeinschaftspreise gegenüber anderen Preisen der Gemeinschaft heute niedriger sind als früher und daß viele dieser Preise jetzt unter den Weltmarktpreisen liegen. Aber wie lange wird das so bleiben? Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß für immer eine Politik festgelegt wird, die zu Butterbergen und dem Verkauf billiger Butter an Rußland führen kann. Sind Sie sicher, daß es eines Tages nicht auch einen Rindfleischberg geben wird? Sind die Interessen der Verbraucher hinreichend berücksichtigt worden? Könnte den überseeischen Erzeugern der Zugang zu den Gemeinschaftsmärkten erleichtert werden? Ist die finanzielle Kontrolle streng genug? Wird sind der Ansicht, daß mehr getan werden muß, um die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik, die 80% des Gemeinschaftshaushalts ausmachen, zu senken. Gegenwärtig trägt das System den unterschiedlichen Interessen und Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht genügend Rechnung. Die einen werden bevorzugt, während die anderen ungerechtfertigt hohe Lasten zu tragen haben. Aus diesem Grunde werden wir hier mit Sicherheit größere Änderungen vorschlagen.

9. Und dann die Frage des Handels mit den Commonwealth- und Entwicklungsländern, die mit der gemeinsamen Agrarpolitik verknüpft ist, weil eine gerechte Lösung sowohl für die Verbraucher in der Gemeinschaft als auch für die Lieferanten in den überseeischen Ländern gefunden werden muß. Wir sind nicht davon überzeugt, daß die in den Beitrittsverhandlungen getroffenen Vereinbarungen so günstig sind, wie sie hätten sein sollen — weder für die eine noch für die andere Seite. Wir denken dabei nicht nur an Zucker und neuseeländische Butter, sondern auch an die Lage der Commonwealthländer, denen nicht die Möglichkeit einer Assoziierung gegeben ist. Abgesehen von Änderungen im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik ließe sich die allgemeine Lage sicher verbessern, wenn das Gemeinschaftsschema der allgemeinen Präferenzen sowohl auf dem gewerblichen Sektor als auch im landwirtschaftlichen Sektor in einigen wichtigen Punkten geändert würde, wenn die Gemeinschaft bei der Ausarbeitung der Einzelheiten des Mandats für die multilateralen Handelsverhandlungen, insbesondere bezüglich des Agrarhandels, eine liberale Haltung einnimmt und wenn im Rahmen der Verhandlungen gemäß Protokoll 22 wirklich großzügige Bedingungen für den Zugang der Agrarerzeugnisse der Entwicklungsländer — gerade diese Erzeugnisse wollen sie ja verkaufen — sowie auch der gewerblichen Erzeugnisse zu unseren Märkten vorgesehen werden. Hier sei auch auf die Beihilfen hingewiesen wir sind der Ansicht, daß die Gemeinschaft

nicht nur an die für eine Assoziierung in Betracht kommenden Länder denken sollte. Wir werden diesen ganzen Fragenbereich im Rahmen der Neuverhandlungen sehr sorgfältig prüfen, um zu sehen was getan werden sollte.

10. Ich komme nunmehr zu der Frage, ob die derzeitigen Regeln die Verfügungsgewalt über die britische Wirtschaft beeinträchtigen, die wir benötigen, um eine wirksame Regional-, Industrie Steuer- und Antiinflationpolitik betreiben zu können. Wir müssen die Gewißheit haben, dass wir, wenn Arbeitsplätze in Gefahr sind und eine wertvolle Industriekapazität unterstützt und ausgebaut werden muß, rasche und wirksame Hilfe leisten können. Um ein anderes Beispiel zu nennen. Durch eine Koordinierung der regionalen Beihilfen läßt sich ein gegenseitiges Überbieten bei den auf internationaler Ebene verfügbaren Mittel vermeiden. Es besteht jedoch ein erheblicher Unterschied zwischen den Regionalproblemen die in erster Linie die Landwirtschaft, und derjenigen, die hauptsächlich die Industrie betreffen. Wir möchten vor allem sicher sein, daß wir vor diesem Hintergrund den bedürftigen Gebieten die erforderliche Unterstützung geben können.

11. Schließlich komme ich zum Gemeinschaftshaushalt. Hier sind grundlegende Änderungen notwendig. Großbritannien hat ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen und eine niedrigere Zuwachsrate als mehrere andere Mitgliedsländer. Sie stimmen mir sicher zu, wenn ich sage, daß sich der Gemeinschaftshaushalt — bei allem, was recht ist — nicht dahingehend auswirken darf, daß über den Devisenaustausch massive Subventionen von meinem Land an Ihre Länder gewährt werden. Das können wir nicht akzeptieren.

12. Wir wollen keine Almosen. Wir wollen eine gerechte Lösung. 1973 haben wir nach dem Übergangsschlüssel nur 8,5% des Gemeinschaftshaushalts finanziert, aber schon damit zahlten wir den zweitgrößten Nettobeitrag. Am Ende unserer normalen Übergangszeit werden wir über 19% zahlen, also erheblich mehr als die 16,5%, auf die sich zu diesem Zeitpunkt der Anteil unseres Bruttosozialprodukts belaufen dürfte. Wenn das volle System der „eigenen Mittel“ 1980 ohne Änderungen auf uns angewandt würde, so würden wir einen noch größeren — vielleicht um mehrere Prozent höheren — Anteil des Gemeinschaftshaushalts finanzieren, und der Gegensatz zu dem relativ niedrigen Anteil des Bruttosozialprodukts, das wir zu erwarten haben, wäre noch schärfer. Sie sind sicher mit mir darin einig, daß hier etwas getan werden muß. Großbritannien kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß ständig einige 100 Millionen Pfund Sterling pro Jahr über den Devisenmarkt aus dem Land abfließen.

13. Sie möchten sicherlich wissen, welches Verfahren wir für die Neuverhandlungen vorschlagen. Ich kann dem Rat versichern, daß wir die Arbeit der Gemeinschaft während der Neuverhandlungen nicht mehr als nötig unterbrechen wollen.

14. Ich werde dem Rat in nächster Zeit detaillierte Vorschläge zur gemeinsamen Agrarpolitik, zur Behandlung der Commonwealth- und der Entwicklungsländer, zum Haushaltsplan der Gemeinschaft und zu anderen schwierigen Fragenkomplexen im Bereich der Wirtschaft unterbreiten. Ich hoffe, daß Sie sich dann mit einer allgemeinen Aussprache einverstanden erklären werden und daß eine Einigung darüber zustande kommt, wie mit einigen unserer Anträge auf Änderung des Gemeinschaftssystems verfahren werden soll.

15. Als erstes werden wir versuchen, in der Politik und den Beschlüssen der Gemeinschaft Änderungen herbeizuführen, die unseren Bedürfnissen gerecht werden. Wir müssen sehen, wie sich die Dinge entwickeln und wie weit wir dabei kommen. Aber wir müssen uns das Recht vorbehalten, Änderungen an den Verträgen vorzuschlagen, falls sich erweisen sollte, daß dies zur Wahrung wesentlicher Interessen Großbritanniens unerlässlich ist. Ich behalte mir auch das Recht vor, Änderungen an den Verträgen vorzuschlagen, falls sich herausstellt, daß die bestehenden Regeln, so wie sie ausgelegt werden, in der Praxis mit der Verfügungsgewalt über die britische Wirtschaft kollidieren, die wir für eine wirksame Regional-, Industrie- und Steuerpolitik benötigen.

16. Bisher habe ich über wirtschaftliche Existenzfragen gesprochen, die für alle unsere Völker von größter Bedeutung sind. Wir machen uns aber auch ernsthaft Gedanken über die Politik der Gemeinschaft, über die allgemeine Richtung, die sie sowohl bei ihrem inneren Ausbau als auch in ihren Beziehungen zu anderen Ländern oder Ländergruppen nehmen wird.

17. Die Gemeinschaft hat im Vereinigten Königreich kein gutes Image. Mein Land möchte Mitglied einer funktionsfähigen atlantischen Allianz bleiben und ist deshalb über das Ausmaß der Uneinigkeit zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten besorgt. Dies ist sicher nicht unvermeidlich. Sollte die britische Öffentlichkeit aber zu der Auffassung gelangen, daß es unvermeidlich ist, dann würde das die Haltung der britischen Bevölkerung gegenüber der Entwicklung der Gemeinschaft negativ beeinflussen.
18. Wir werden nicht immer mit den Vereinigten Staaten einer Meinung sein können, aber die Gemeinschaft muß sich bei der Ausarbeitung ihrer Verfahren und ihrer gemeinsamen Standpunkte stets darum bemühen, soweit wie möglich mit Amerika zusammenzuarbeiten. Umgekehrt muß auch Amerika eine Zusammenarbeit mit uns suchen. Nur dann, wenn die Neun zu einer harmonischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in wirtschaftlichen Fragen im Rahmen der Gemeinschaft und in politischen Fragen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit gelangen, werden wir die Schwierigkeiten überwinden, die Präsident Nixon und Dr. Kissinger vor kurzem aufgezeigt haben.
19. Wir möchten auch mit Ihnen gemeinsam dazu beitragen, stabile und gesunde, auf Zusammenarbeit beruhende Beziehungen zu all den Ländern oder Ländergruppen herbeizuführen, mit denen Europas Leben eng verknüpft ist, zum Beispiel zu Japan, Kanada und anderen Industrieländern sowie zum Commonwealth und zu den mit der Gemeinschaft assoziierten Staaten, zu den arabischen Ländern, zur Sowjetunion und zu den Ostblockländern.
20. Wir sind zu einer intensiveren politischen Konsultation und Zusammenarbeit bereit. Aber zuvor müssen wir uns auf unsere allgemeinen Ziele einigen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir dies gemeinsam tun könnten. Hierfür bietet das inoffizielle Treffen in diesem Monat, zu dem uns unser Präsident eingeladen hat, eine ausgezeichnete Gelegenheit.
21. Abschließend möchte ich betonen, daß wir bereit sind, darauf hinzuarbeiten, daß die Neuverhandlungen, wie wir das in Großbritannien nennen, recht bald erfolgreich abgeschlossen werden. In der Zwischenzeit werden wir an der Arbeit der Gemeinschaft teilnehmen und nach den Gemeinschaftsverfahren handeln, jedoch werden wir weitere Integrationsprozesse nicht einleiten, wenn damit zu rechnen ist, daß sie den Ausgang der Verhandlung präjudizieren. Wir möchten eine Einigung erzielen mit der ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Vorteilen für jedes unserer Länder hergestellt wird. Wenn uns dies gelingt, dann werden die Neuverhandlungen der Gemeinschaft nicht schaden sondern sie festigen.“